

Antrag Nr. 09-O-25-0110 AUF-Fraktion

Betreff:

Resolution zur Solidarität mit den Opel-Beschäftigten (AUF)

Antragstext:

Angesichts der drohenden Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen bei Opel stellt der Ortsbeirat Mainz-Kastel fest:

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde, heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Der von der Unternehmensleitung von General Motors angekündigte Abbau von mehreren Tausend Arbeitsplätzen bei Opel, darunter etwa 2500 Arbeitsplätzen am Standort Rüsselsheim, ist eine massive Verletzung der von den UN verkündeten Menschenrechte. Die besondere Betroffenheit auch unseres Stadtteiles, in dem nicht wenige Opelbeschäftigte wohnen, bestärkt den Ortsbeirat Mainz-Kastel gegen diese Arbeitsplatzvernichtung zu protestieren und seine Solidarität mit den Opel-Beschäftigten und ihren Familien zu bekunden.

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel fordert den Oberbürgermeister und den Magistrat der hessischen Landeshauptstadt auf, dem Beispiel des Ortsbeirates zu folgen, ihrem Protest gegen die von der GM-Unternehmensführung geplanten Arbeitsvernichtung Ausdruck zu verleihen, mit den Opel-Beschäftigten Solidarität zu zeigen und alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, damit diese tausendfache Arbeitsplatzvernichtung verhindert wird.

Mainz-Kastel, 30.11.2009

Christa Wendelmuth